



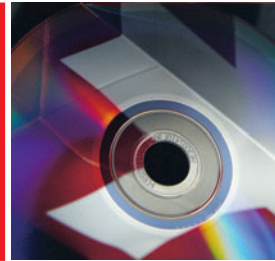
SEITE 2
Von der Leyen: versprochen und gebrochen

SEITE 3
Griechenland: Merkel verschweigt die Wahrheit



SEITE 4
Im Interview: Carsten Schneider über das Steuer- und Finanzierungskonzept der SPD-Fraktion

SEITE 6
SPD verhindert Steuerabkommen mit der Schweiz



SEITE 7
Betriebsrätekonferenz „Humane Arbeit“

SEITE 8
2. Runder Tisch des Baltic Sea Labour Forums

GUTE ARBEIT

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 7/2012

Fortschritt gibt's nur mit Rot-Grün

Auch 2012 hatte Angela Merkels Regierung keine Ideen für die Gestaltung des Landes.

Das Jahr 2012 hat erneut gezeigt, dass die schwarz-gelbe Koalition nichts tut, um das Leben der Menschen zu einem Besseren zu gestalten und unser Land nach vorne zu bringen. Wichtige Themen bleiben auf der Strecke, die Regierung verfängt sich in Konflikten um bizarre Vorhaben wie dem Betreuungsgeld oder Putzhilfeprämien. Wo aber sind die Antworten auf Fragen der Wohnungsnot, steigende Mieten, bezahlbare Energie, gute Löhne und flächendeckende Kinderbetreuung?

„Angela Merkels Partei ist gegen eine Frauenquote und gegen steuerliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften“, sagt Thomas Oppermann. Für ihn ist deshalb klar: „Gesellschaftliche Modernisierung schafft nur Rot-Grün.“

Dringender Handlungsbedarf

Fest steht auch: Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren auf Feldern geerntet, auf denen sie nie gesät und nie gepflanzt hat. Und Angela Merkel scheint zu glauben, dass sie ewig so weitermachen kann. Nach wie vor herrscht in der Wirtschaftspolitik absoluter Stillstand, die Regierung nimmt das Risiko des Fachkräftemangels billigend in Kauf. Sie verzichtet darauf, Mittelstand und Handwerk zu stärken, die industrielle Basis zu modernisieren und die Grundlagen für die Arbeit von morgen zu schaffen. Dabei gibt es mit Blick auf die Konjunktur und den Arbeitsmarkt dringenden Handlungsbedarf: So waren im November insgesamt 2,751 Millionen Menschen arbeitslos, 38.000 mehr als im Vorjahr. Die Bundesagentur für Arbeit rechnet für Januar sogar mit drei Millionen Arbeitslosen. Die Gewerkschaften schla-



Schwarz-Gelbe Regierungsbank: Ganz sicher nicht die beste Regierung seit der Wiedervereinigung.

gen Alarm: „Die labile Arbeitsmarktlage darf nicht länger schön geredet werden. Es besteht die Gefahr, dass die deutsche Wirtschaft in den Sog der europäischen Rezession gezogen wird“, warnt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Verheerend wirkten sich zudem die massiven Kürzungen der Bundesregierung in der aktiven Arbeitsmarktpolitik aus, sagt SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil. Allein 2013 würden diese Kürzungen 6,5 Milliarden Euro betragen.

Zum Handeln muss die Bundesregierung getragen werden: So hat sie erst nach monatelangem Drängen von SPD, Gewerkschaften und der Wirtschaft die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes von sechs auf zwölf Monate beschlossen. „Endlich fällt auch bei der Bundesregierung der Groschen, die bisher für eine konjunkturell schwierige Lage kei-

nerlei Zukunftsvorsorge getroffen hat“, sagt dazu Hubertus Heil. Allerdings seien mit der Verlängerung auf zwölf Monate noch nicht die von Olaf Scholz in der Krise erfolgreich eingesetzten Sonderregelungen für Kurzarbeit wieder hergestellt. „Es wird sich zeigen, ob das angesichts der dunklen Wolken am Horizont wirklich ausreichen wird.“ Die SPD-Fraktion setzt der schwarz-gelben Regierungsverweigerung für

das Jahr 2013 konkrete Vorschläge entgegen. Ein zentraler Punkt dabei ist eine neue Ordnung für Arbeit. Dazu gehört ein Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro ebenso wie die gleiche Bezahlung zwischen Leiharbeitern und Stammbeslegschaften und zwischen Frauen und Männern. Es gehe um eine Politik mit klarer Richtung, sagt Peer Steinbrück. Das Motto: „Mehr Wir und weniger Ich.“ ■

Die Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion

Hier finden Sie die Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion, wie Deutschland gerecht reformiert werden muss und welche Weichen für die Zukunft zu stellen sind. Wir geben Antworten: www.spdfraktion.de/projekt-zukunft



Achtung Schwarz-Gelb!

Haushaltsdebatte im Bundestag. Man könnte auch sagen: Angelas Märchenstunde. Nach scharfer Kritik Peer Steinbrücks an der schwarz-gelben Regierungsarbeit sucht die Kanzlerin die Flucht nach vorn. Sie glaubt sich (ohne jede Ironie) an der Spitze der „erfolgreichsten Bundesregierung seit der Wiedervereinigung.“

Dabei sind zwei Drittel der Bürger überzeugt: Merkels Regierung kümmert sich nicht um die Zukunftsprobleme des Landes. 70 Prozent kritisieren, dass Schwarz-Gelb nur Klientelinteressen bedient und das Allgemeinwohl vernachlässigt. Spiegel-Online hat die Aussage der Kanzlerin überprüft, das Fazit: „Ökonomisch gesehen ist also die Aussage der Kanzlerin, die derzeitige Koalition stelle die ‚erfolgreichste Regierung‘ seit der Wiedervereinigung dar, nicht zu halten.“ Die schwarz-gelbe Regierung Merkel habe im Gegenteil unkontrollierbare Haushaltsrisiken in einem Maße aufgehäuft, das alles bisher Gewesene in den Schatten stellt. Die Note: „fünf“

Wir meinen: Danke, Frau Merkel, bitte setzen!

Philipp Rösler's Wirtschaftsministerium hat den Satz „Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungerecht verteilt“ aus dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung streichen lassen. Die Begründung: Er sei nicht zustimmungsfähig.

Wir meinen: Philipp Rösler's Realitätsverweigerung ist in einem kaum noch beschreibbaren Stadium angekommen. Am besten bringt es noch Pippi Langstrumpf auf den Punkt: „Ich mach' mir die Welt widde-widde wie sie mir gefällt...“

Schwarz-gelbe Bilanz:

Versprochen und gebrochen

Die schwarz-gelbe Regierung hat seit ihrem Antritt viel versprochen und wenig gehalten. Beispiele aus dem Bereich „Arbeit und Soziales“

Mindestlohn

Versprochen: Die Bundesarbeitsministerin hat mehrfach die Einführung eines Mindestlohns angekündigt: „Wir wollen einen marktwirtschaftlich organisierten Mindestlohn, von Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgehandelt. Wenn immer mehr Menschen für so wenig Geld arbeiten, dass der Staat das Einkommen aufstocken muss, geht es nicht mit rechten Dingen zu.“

Gebrochen: Die Ankündigungen der Ministerin bleiben folgenlos. Zwar sprechen sich CDU/CSU für eine sogenannte „Lohnuntergrenze“ aus, die aber nur für Branchen ohne Tarifverträge gelten und eben keine allgemeine und verbindliche Untergrenze sein soll. Die FDP lehnt sogar dieses Modell ab. Fazit: Mit Schwarz-Gelb ist der Mindestlohn nicht zu machen.

Arbeitsmarkt

Versprochen: Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP „Arbeitschancen für alle“ versprochen. Es hieß: „Wir stehen für eine effektive und effiziente Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslose dabei unterstützt, rasch wieder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu finden.“

Gebrochen: Schwarz-Gelb kürzt bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik bis



Viel versprochen und wenig gehalten. Ursula von der Leyen bei ihrer Ministervereidigung.

2016 36,5 Milliarden Euro. Die Folge: Arbeitsuchende haben weniger Rechte und werden zu Bittstellern degradiert. Die Bundesagentur für Arbeit verfügt nicht über ausreichende finanzielle Rücklagen, um eine Krise zu stemmen.

Leiharbeit

Versprochen: Auch gegen Missbrauch in der Leiharbeit wollte die Bundesarbeitsministerin vorgehen: „Mein Ziel ist eine glasklare Regelung, ob auf gesetzlichem oder tariflichem Weg.“ Und weiter: „Es ist inakzeptabel, dass Mitarbeiter längerfristig ein und dieselbe Arbeit machen und es dafür unterschiedliche Löhne gibt.“

Gebrochen: Der Großteil der Probleme bei der Leiharbeit bleibt ungelöst. Verbesserungen gibt es nur für Betroffene, die innerhalb von sechs Monaten nach ihrer Entlassung wieder als Leiharbeiter eingestellt werden. Nur dann sollen sie den gleichen Lohn erhalten. Werden sie später wieder eingestellt, können sie auch zu schlechteren Konditionen beschäftigt werden. Immerhin erreichte die SPD im Vermittlungsverfahren zur Job-Center-Reform einen verbindlichen Branchenmindestlohn in der Leiharbeit. Aber vom Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ kann immer noch keine Rede sein. ■

Auf die Herdprämie folgt die Putzprämie

Mit dem Betreuungsgeld belohnt die Bundesregierung Frauen, die nach der Geburt zu Hause bleiben und ihr Kind nicht in eine Kita geben. Jetzt wollen CDU-Familienpolitiker junge Mütter mit Haushaltsgutscheinen unterstützen. Das Ziel der Maßnahme ist dem Betreuungsgeld direkt entgegengesetzt: Frauen sollen nach der Geburt möglichst früh wieder arbeiten gehen. „Völlig konzeptlos“ nennt die familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Caren Marks die schwarz-gelbe Familienpolitik. „Während das kürzlich beschlossene Betreuungsgeld einen Anreiz darstellt, Kinder von Kindertageseinrichtungen und Mütter vom Wiedereinstieg in den Beruf abzuhalten, sollen die Gutscheine für Haus-

haltshilfen nun einen Anreiz in die entgegengesetzte Richtung geben.“ Warum für eine derart widersprüchliche Politik mehrere Milliarden Euro bereit gestellt werden sollen, sei nicht nachvollziehbar. Fakt ist: Die schwarz-gelbe Bundesregierung sorgt mit ihrer Familienpolitik bei allen Beteiligten für Kopfschütteln. „Die Regierung scheint einen Kreativwettbewerb in Sachen unsinnigste familienpolitische Leistung ausgelobt zu haben“, sagt der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler. Familien benötigten weder eine Herd- noch eine Putzprämie, sondern gute und wohnortnahe Möglichkeiten der Kinderbetreuung. „Die Familienpolitik der Bundesregierung ist getrieben von Aktionismus

und Verzweiflung, mit wirklicher Unterstützung von Familien hat das nichts zu tun“, sagt Stadler. Die Debatte um die Putzprämie macht erneut deutlich, dass eine sinnvolle Familienpolitik von Schwarz-Gelb nicht zu erwarten ist. Dabei liegen die Herausforderungen auf der Hand: „Es wäre dringend geboten, dass sich die Regierungskoalition auf den Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung konzentriert, denn der Rechtsanspruch tritt bereits zum 1. August 2013 in Kraft“, sagt Caren Marks. Zahlreiche Familien warteten darauf, dass es endlich ein bedarfsgerechtes Angebot an Krippenplätzen gebe. Davon aber ist Deutschland immer noch weit entfernt. ■

Griechenland: Steinmeier mahnt Merkel zur Wahrheit

Auch das neue Hilfspaket für Griechenland ist keine nachhaltige Lösung. Die Bundeskanzlerin drückt sich davor, die Wahrheit zu sagen.

Der Bundestag hat weitere Hilfen für den Krisenstaat Griechenland beschlossen. Damit folgt das Parlament dem Beschluss der Euro-Finanzminister, den Griechen zwei Jahre mehr Zeit bis 2014 zu geben, um die mit ihren Geldgebern vereinbarten Haushaltsziele zu erreichen. Der Bundeshaushalt wird dadurch allein im kommenden Jahr mit rund 730 Millionen Euro belastet. Die Zustimmung des Bundestages war notwendig, damit die EU-Finanzminister im Dezember weitere Hilfskredite an Griechenland freigeben können. Der Bundestag hatte nur 48 Stunden Zeit, um dem Hilfspaket zuzustimmen. „So geht man nicht mit dem Parlament um, das ist unfair und nicht angemessen“, stellte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier klar. Dennoch hat die SPD-Bundestagsfraktion mehrheitlich für die neuen Griechenland-Hilfen gestimmt. Die Sozialdemokraten stimmten allerdings nicht für diese Bundesregierung, betonte Peer Steinbrück. „Sondern dafür, dass Griechenland nicht rausgebrochen wird aus einer europäischen Währungsunion.“ In der Debatte warf Frank-Walter Steinmeier der schwarz-gelben Bundesre-



Griechenland erhält ein Hilfspaket in Höhe von 44 Milliarden Euro.

gierung ihre widersprüchliche Griechenland-Politik vor: „Noch vor kurzem bekamen hier viele im kleinen Kreis leuchtende Augen, wenn es um den Rauswurf der Griechen aus der Euro-Zone ging“, sagte Steinmeier. Er ver-

wies darauf, dass CSU-Politiker wie Markus Söder und Alexander Dobrindt immer nur die Stammtische bedient hätten. An Kanzlerin Merkel (CDU) gerichtet sagte Steinmeier: „Sie haben die Debatte über Griechenland in unverantwortlicher Weise geführt.“ Abwarten und Zuschauen möge für den Koalitionsfrieden gut sein, für die Verantwortung in Europa sei es schlecht. Für Steinmeier ist klar, dass auch die jetzt beschlossenen Hilfen für Griechenland keine nachhaltige Lösung darstellen und ein Schuldenschnitt am Ende unumgänglich sein wird. „Sie haben Zeit gekauft, auch für sich selbst.“ Völlig offensichtlich sei, dass der Werkzeugkasten der Regierung in Sachen Griechenland-Rettung leer sei. „Denn die Basiszahlen von Griechenland zeigen doch, dass alles am Ende auf einen Schuldenschnitt hinausläuft. Sie können das verschieben, aber es wird kommen. Und dann werden wir Sie nicht aus Ihrer Verantwortung lassen.“ Steinmeier sagte, dass die Entscheidung heute nicht leicht falle, auch seiner eigenen Fraktion. Er betonte: „Wir können unsere griechischen Freunde nicht im Stich lassen.“ ■

Editorial



von Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

ein turbulentes Jahr geht zu Ende. Für uns Sozialdemokraten endet es mit einem erfolgreichen Parteitag, der sich geschlossen hinter unserem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück versammelt hat. Das Signal an unsere politische Konkurrenz ist klar: Die SPD ist geschlossen und entschlossen. Schwarz-Gelb ist jetzt schon Geschichte, denn die nächste Bundesregierung wird eine andere sein. Wir wollen den kompletten Regierungswechsel. Das heißt im Klartext: Schwarz und Gelb müssen weg. Darum geht es im nächsten Jahr: Erst in Niedersachsen, dann in Bayern und dann im September im Bund.

Denn die schlechteste Bundesregierung aller Zeiten hat die Menschen völlig verunsichert. Sie haben genug vom Hickhack dieser Koalition, vom Gezerre, vom Stillstand und allgemeiner Orientierungslosigkeit. Deswegen braucht unser Land wieder eine rot-grüne Bundesregierung. Damit es wieder voran geht in Deutschland. Bei der Energiewende, dem Mindestlohn, der Rente, der Gleichstellung von Frauen und Männern, in der Bildung, beim Kitausbau aber auch in Europa. Wir haben die besseren Alternativen, das haben wir im Deutschen Bundestag gezeigt.

Wir werden nicht länger hinnehmen, dass die soziale Balance zunehmend aus dem Gleichgewicht gerät, die Kluft in der Vermögensverteilung wächst und Kinder immer häufiger ungleiche Startchancen haben. Gerechtigkeit, Maß und Mitte, das ist, was wir wollen. Denn Deutschland braucht wieder mehr ‚Wir‘ und weniger ‚Ich‘.

Ich wünsche Ihnen allen erholsame Feiertage, Gesundheit, Kraft und Zeit im Kreise Ihrer Familien. ■

Bankenregulierung: Schluss mit der Staatshaftung

In einer Reihe werden hier Peer Steinbrücks Vorschläge zur Bankenregulierung erklärt. Diesmal: Schluss mit der Staatshaftung für Finanzinstitute.

Die Finanzkrise hat es gezeigt: Große Banken können aufgrund ihrer Bedeutung ganze Volkswirtschaften erpressen. Sie gelten dann als „systemrelevant“. Und bis dato konnten strauchelnde Großbanken tatsächlich auf staatliche Unterstützung zählen. Aber diese Staatshaftung für das Versagen von Managern muss ein Ende haben. In der sozialen Marktwirtschaft ist es nämlich so, dass Haftung und Risiko zusammengehören. Wer private Gewinne macht, kann die Verluste nicht einfach der Gemeinschaft übertragen. Für die eigenen Verluste muss jeder selbst haften. Auch Banken müssen die Gefahren des Scheiterns spüren.

Es muss also ein Bankenfonds als eine Art europäische Abwicklungsanstalt

geschaffen werden. Dazu gehören ein von den Banken selbst bezahlter Restrukturierungsfonds und ein Abwicklungsregime für die so genannten systemrelevanten Geldhäuser. Denn so werden die Gefahren für die Steuerzahler verringert. Solche Fonds muss es europaweit geben, damit der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), der Ländern helfen soll, nicht plötzlich anfangen muss, auch noch Finanzinstitute zu retten.

Banken zahlen Abgabe

Den großen europäischen Bankenfonds sollen die Banken auch selbst finanzieren, und zwar mit so vielen Mitteln, dass er zur Rekapitalisierung und Abwicklung taugt. Die Banken geben also eine Bankenabgabe. Die Höhe richtet sich nach dem Risikoprofil der Banken. Die von der Bundesregierung verabschiedete nationale Bankenabgabe ist nämlich viel zu gering. Die euro-

päische Abwicklungsbehörde soll in Schieflage geratene Banken entweder restrukturieren oder abwickeln können. Restrukturierung kann dabei auch Teilveräußerungen beinhalten. Die Entscheidung über solch ein Verfahren treffen Bankenfonds und Abwicklungsbehörde. Derartige Verfahren müssen immer der Finanzmarktstabilität dienen, und zwar nach dem Prinzip, die Kosten so gering wie möglich zu halten. Für die Beteiligung von Gläubigern muss es klare Regeln geben. Zuerst müssen die Eigentümer einer Bank haften. Danach müssen auch die Gläubiger einer Bank an den Verlusten beteiligt werden. Erst dann soll der Bankenfonds aktiv werden. So werden die Einlagen der Sparerinnen und Sparer geschützt. Generell sollen europaweit alle Institute verpflichtet sein, bereits in guten Zeiten realistische Abwicklungs- und Restrukturierungspläne für eine Krise zu erstellen. ■



Will auch die Wohlhabenden stärker an der Finanzierung staatlicher Aufgaben beteiligen: Carsten Schneider.

»Unsere obersten Prioritäten sind Schuldenabbau und Bildungsinvestitionen«

Was ist ein gerechtes Steuersystem? Wie nimmt der Staat genug ein, um seine Aufgaben zu erfüllen? Mit diesen Fragen beschäftigt sich die Projektgruppe „Steuer- und Finanzierungskonzept“ der SPD-Fraktion. Ein Interview mit dem Projektleiter Carsten Schneider.

Es wird gerne behauptet, dass 70 Prozent der weltweiten Steuerliteratur in deutscher Sprache verfasst sind. Spricht das für oder gegen das deutsche Steuersystem?

Auch andere Länder haben komplizierte Steuergesetze. Der Umfang des Steuerrechts kann kein Maßstab sein. Wichtig sind die folgenden Fragen: Ist unser Steuersystem gerecht? Nimmt der Staat genügend Steuern ein, um seine Aufgaben erledigen zu können? Ist er finanziell in der Lage, in die Zukunft zu investieren? Alle drei Fragen müssen mit Nein beantwortet werden. Mittlerweile liegt der gesamtstaatliche Schuldenstand bei mehr als 2 Billionen

Euro. Das wissen auch die Bürger: Früher stand die Angst vor Arbeitslosigkeit in den Sorgenbarometern ganz oben. Heute nimmt die Sorge vor den Staatsschulden den ersten Platz ein.

Die SPD-Bundestagsfraktion berät seit anderthalb Jahren in einer Projektgruppe unter Deiner Leitung über ein neues Steuer- und Finanzierungskonzept. Warum brauchen wir solch ein neues Konzept?

Der SPD-Parteivorstand hat ausdrücklich beschlossen, was eigentlich selbstverständlich ist: Wir werden nichts versprechen, was wir nach der Regierungsübernahme nicht einhalten kön-

heim, sondern finanziert jeden Vorschlag solide gegen. Das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben muss stimmen: Wir machen keine Politik auf Pump und halten die Schuldenbremse im Grundgesetz strikt ein. Im Rahmen des Projektes „Deutschland 2020“ begleiten wir alle anderen Projektgruppen der SPD-Bundestagsfraktion, die

„Die SPD baut kein Wolkenkuckucksheim, sondern finanziert jeden Vorschlag solide gegen“

ausgabenrelevante Themen bearbeiten. Dieselbe Funktion übernehmen wir bei der Ausarbeitung des Regierungsprogramms.

Welche Rolle spielt die Projektgruppe im gesamten „Projekt Zukunft“ und wie fällt Dein bisheriges Fazit aus?

Wir sind eine von acht Gruppen des „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ der SPD-Bundestagsfraktion. Gemeinsam haben wir intensiv an politischen Lösungen für die Probleme der kommenden Jahre gearbeitet: Bildung, Infrastruktur, Kreativwirtschaft – und eben Finanzen. Unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit und im Dialog mit Bürgern, Wissenschaftlern, Gewerkschaften und Verbänden. Die Kernfrage war: Was können wir tun, damit Deutschland 2020 ein lebenswertes, gerechtes und wirtschaftlich modernes Land mit einer selbstbewussten Demokratie ist? Herausgekommen ist eine Skizze unserer Vision für Deutschland im Jahr 2020. Die Resonanz darauf war und ist groß. Zum Beispiel auf unserem zweitägigen Zukunftskongress im September, wo wir unsere Vorschläge vorgestellt haben. Die Diskussionen dort waren sehr lebendig und fruchtbar.

Du sagst, dass wir derzeit kein gerechtes Steuersystem haben. Woran fehlt es?

Die soziale Schieflage des Steuersystems muss ein Ende haben. Zum einen müssen wir Steuerhinterziehung konsequenter bekämpfen. Aus diesem Grund haben wir das schlecht verhandelte Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland im Bundesrat abgelehnt. Wir werden auch in Europa darauf achten, dass die Geldwäsche konsequenter bekämpft wird.

„Heute nimmt die Sorge vor den Staatsschulden den ersten Platz ein“

nen. Deshalb haben wir mit unserem „Pakt für Bildung und Entschuldung“ ein umfassendes, gesamtstaatliches Finanzierungskonzept vorgelegt. Darin rechnen wir solide vor, wie wir unsere Politik in Zukunft finanzieren wollen. Die SPD baut kein Wolkenkuckucks-

Keinesfalls werden wir zulassen, dass in Europa Banken weiter mit Steuergeld gestützt werden, ohne dass die Verursacher der Krise an den finanziellen Lasten beteiligt werden. Die Finanztransaktionssteuer muss jetzt endlich kommen. Zum anderen – und besonders wichtig – sollten die Wohlhabenden stärker an der Finanzierung der staatlichen Aufgaben beteiligt werden. Mittlerweile besitzen die oberen zehn Prozent der Bevölkerung mehr als zwei Drittel des Gesamtvermögens.

Demgegenüber stehen stark unterfinanzierte Kommunen. In staatlichen Einrichtungen wie Schulen oder Universitäten fehlt es an Geld für das Nötigste. Hat die Politik es versäumt, hier rechtzeitig gegenzusteuern?

Ja. Die schwarz-gelbe Bundesregierung betreibt eine extrem fahrlässige Steuer- und Haushaltspolitik. Unsere Kinder werden die Suppe später auslöffeln müssen. Viele Städte und Gemeinden sind an der Grenze ihrer Handlungsfähigkeit. Die öffentliche Infrastruktur verfällt. Dringend notwendige Investitionen werden verschoben. Das ist wie beim Auto: Werden die kleinen Reparaturen verschleppt, kann es am Ende richtig teuer werden. Mit unserem Konzept können wir zusätzliche Investitionen in Höhe von drei bis vier Milliarden Euro jährlich finanzieren.

„Der Regierung Merkel-Rösler fällt außer Schuldenmachen haushaltspolitisch nichts mehr ein“

Trotz sehr guter Konjunktur und sehr hohen Steuereinnahmen wird der Bund auch 2013 17,1 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Ist das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts überhaupt zu realisieren?

Wir als SPD haben Vorschläge auf den Tisch gelegt, mit denen der Haushalt bereits im kommenden Jahr ausgeglichen werden könnte. Es ist ein Trauerspiel: Der Regierung Merkel-Rösler fällt außer Schuldenmachen haushaltspolitisch nichts mehr ein. Was ist eigentlich aus dem „Liberalen Sparbuch“ geworden? Die FDP hatte in ihrer Oppositionszeit mehr als 400 Kürzungsvorschläge im Bundeshaushalt notiert. Seit 2009 regiert sie selbst mit. Und das Ergebnis? So kläglich, dass die FDP-Fraktion sich auf ihrer Internetseite

te dafür rechtfertigen muss. Die Koalition hat im Haushalt strukturell kaum eingespart und keine Subventionen abgebaut. Im Gegenteil, mit dem Hoteliers-Privileg haben sie sogar eine neue, teure Subvention geschaffen. Dass der deutsche Schuldenstand mittlerweile über 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beträgt und damit um mehr als 20 Prozentpunkte über dem Maastricht-Kriterium liegt, ist der Mutlosigkeit dieser Koalition zu verdanken.

„In Deutschland hängen die Lebenschancen noch immer zu sehr von der sozialen Herkunft ab“

Welche Vorschläge macht die SPD-Fraktion denn konkret, um die Einnahmen des Staates zu erhöhen?

Wir werden die schwarz-gelben Steuererleichterungen für Hoteliers zurücknehmen und den Spitzensteuersatz ab 100.000 Euro Jahresverdienst für Alleinverdiener wieder auf 49 Prozent anheben. Darüber hinaus werden wir ökologisch schädliche Subventionen abbauen. Unsere Liste umfasst unter anderem die steuerlichen Vergünstigungen für Agrardiesel, die Absetzbarkeit von Kraftstoffkosten bei großen Firmenwagen sowie die Begünstigung von Flugbenzin. Zudem schaffen wir das kontraproduktive Betreuungsgeld wieder ab. Und wir wollen die Subventionierung von Niedriglöhnen über die Sozialkassen beenden, indem wir einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro einführen. Auch die Ver-

wirklichung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ bringt mehr Steuereinnahmen, weil es die Kaufkraft stärkt. Die Länder sollen durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer und die Reform der Erbschaftssteuer neue eigene finanzielle Spielräume erhalten. Unterm Strich werden wir knapp 15 Milliarden Euro einsparen, davon 9 Milliarden Euro im Bundeshaushalt. Zugleich schaffen wir so Spielräume für Zukunftsinvestitionen.

Die Sozialdemokraten sind ehrlich und sagen klar: Nicht alles ist finanzierbar. Wo setzt die SPD-Fraktion in ihrem Konzept die Prioritäten auf der Ausgabenseite?

Unsere obersten Prioritäten sind Schuldenabbau und Bildungsinvestitionen. In Deutschland hängen die Lebenschancen noch immer zu sehr von der sozialen Herkunft ab. Wir wollen ein Bildungssystem, das allen Menschen gleiche Perspektiven bietet. Dafür brauchen die Bundesländer zusätzliche Mittel. Indem wir das Kooperationsverbot abschaffen, kann sich der Bund stärker an den Bildungsausgaben beteiligen. Parallel dazu erhöhen wir die Finanzkraft der klammen Städte und Kommunen. Das Geld soll dahin fließen, wo es im Alltag nützt. Damit keine Schwimmhallen, Theater und Bibliotheken geschlossen werden – und neue Investitionen in die Zukunft möglich sind.

Im kürzlich beschlossenen Haushalt für 2013 sind mögliche Zahlungen für Griechenland gar nicht berücksichtigt. Hätte man den Haushalt so überhaupt verabschieden dürfen?

Die SPD hat sich genau aus diesem Grund gegen die Verabschiedung ausgesprochen und eine Vertagung gefordert. Zu Recht, wie sich nur vier Tage

„Das Geld soll dahin fließen, wo es im Alltag nützt“

später herausstellte. Schon mit dem ersten Nachtragshaushalt 2012 hat Deutschland durch geringere Zinseinnahmen und einen niedrigeren Bundesbankgewinn Geld verloren. Die bisherige Argumentation der Bundeskanzlerin – die Finanzkrise in Europa würde Deutschland nichts kosten und wir würden an den Krediten für Griechenland auch noch verdienen – ist in sich zusammengebrochen. Jetzt wird Herr Schäuble sogar noch 2,7 Milliarden Euro zusätzlich ausgeben und nach Griechenland überweisen.

Wie lange wird uns die Griechenland-Krise noch beschäftigen?

Mindestens noch die nächsten zwei Wahlperioden. Vielleicht hält die letzte Flickschusterei bis kurz nach der Bundestagswahl. Aber weil bereits geplante Mittel für das Schuldenrückkaufprogramm vorgezogen werden, fehlen sie im übernächsten Jahr. Gänzlich ungeklärt ist die Finanzierung des Landes ab 2015. Bisher ist vorgesehen, dass Griechenland sich dann bereits wieder Geld am Kapitalmarkt zu vertretbaren Zinsen leihen kann. Doch das ist völlig unrealistisch. Und allein für die Jahre 2015 bis 2020 steht schon heute ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf von rund 100 Milliarden Euro fest. Nach der Bundestagswahl kommt also ein drittes Griechenland-Programm oder ein Schuldenschnitt. Diese Wahrheit enthält die Bundeskanzlerin den Menschen in Deutschland vor. ■



Carsten Schneider (2. v. li.) auf dem Podium beim Zukunftskongress der SPD-Bundestagsfraktion im Oktober 2012.

Meldungen

Regierung schönt
Armutsbericht

Die Bundesregierung hat ihren Armuts- und Reichtumsbericht an zentralen Stellen geschönt. Vor allem Hinweise auf die soziale Spaltung in Deutschland fehlen in der neuen Fassung des Berichts. Wie die Süddeutsche Zeitung in einem Vergleich des Entwurfs vom September 2012 und der Endfassung feststellte, fehlt zum Beispiel der Satz: „Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt“. Ebenso gestrichen wurde ein Verweis auf die zunehmende soziale Ungleichheit: „Während die Lohnentwicklung im oberen Bereich positiv steigend war, sind die unteren Löhne in den vergangenen zehn Jahren preisbereinigt gesunken. Die Einkommensspreizung hat zugenommen.“ Auch der Satz „Allerdings arbeiteten im Jahr 2010 in Deutschland knapp über vier Mio. Menschen für einen Bruttolohn von unter sieben Euro“ kommt in der Endfassung nicht mehr vor.

„Einer Regierung unwürdig“

„Es ist einer Bundesregierung unwürdig, die Armutsprobleme kleinzureden und die Wirklichkeit so zu verbiegen, damit sie in ihr Weltbild passt“, sagt Annelie Buntbach aus dem DGB-Bundesvorstand. Nicht nachvollziehbar sei es, dass die Koalition die Niedriglohn- und Armutsrisikoquote als offene Probleme aus dem Berichtsentwurf gestrichen habe, obwohl gerade die Entwicklung von Armutslohnen charakteristisch ist für die Entkopplung der Arbeitslosenzahlen von den Armutszahlen. „Ein wirkliches Armutszeugnis ist, dass die Koalition den Ansatz einer Lohnuntergrenze gestrichen hat und offenbar auch keinen Wert mehr darauf legt, privaten Reichtum über die Einkommenssteuer hinaus zur Finanzierung des Staates heranzuziehen.“ Alles in allem zeige der Bericht, dass die Politik der Bundesregierung die Spaltung der Gesellschaft vorantreibt. Die Änderungen sind vor allem auf Druck von Philipp Rösler vorgenommen worden. Schon die erste Fassung hatte dieser als „nicht ressortabgestimmt“ kritisiert und gesagt, sie entspreche nicht der Meinung der Bundesregierung. ■

Steuerabkommen: „Lieber
kein Abkommen als dieses!“

Was für den Finanzminister peinlich ist, ist gut für die Gerechtigkeit: Das Steuerabkommen mit der Schweiz ist im Bundesrat gescheitert.

SPD und Grüne haben das Steuerabkommen mit der Schweiz im Bundesrat verhindert. „Das vorgelegte Abkommen war ein weiterer Anschlag von Schwarz-Gelb gegen die Steuergerechtigkeit. Dem konnten weder SPD noch die Grünen zustimmen“, sagt SPD-Fraktionsvize Joachim Poß.

Auf bis zu 250 Milliarden Euro schätzen Experten das Schwarzgeld, das deutsche Steuersünder derzeit illegal in der Schweiz bunkern. Das Abkommen sah vor, dass deutsche Steuerbetrüger ihre Schwarzgeldguthaben aus der Vergangenheit in der Schweiz pauschal nachbesteuern können. Künftige Erträge aus Anlagen in der Schweiz wären dann wie in Deutschland besteuert worden. Diese Steuern sollten laut Abkommen allerdings direkt von den Schweizer Banken an den deutschen Fiskus abgeführt werden, ohne Nennung der Identität der Kunden. Einfach ausgedrückt: Steuersünder hätten mit dem Abkommen auf leichtem Wege und anonym ihr Schwarzgeld „reinwaschen“ können. Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion wäre das Steuerabkommen ein starker Verstoß gegen die Steuergerechtigkeit und ein zu großzügiges Entgegenkommen gegenüber Steuerkriminellen gewesen. Mit dem Abkommen hätten Steuersünder wieder ruhig schlafen können, erklärt Joachim Poß. „Für kleines Geld verblieben ihre großen Vermögen in



Mit dem Abkommen hätten Steuersünder keine weiteren Steuer-CDs fürchten müssen.

der Anonymität. Gleichzeitig hätten sie keinen weiteren Ankauf von Steuer-CDs zu fürchten.“ Trotz aller Nachbesserungen bliebe das Auskunftsrecht der deutschen Finanzverwaltung sehr eingeschränkt. Für Poß ist deshalb klar: „Lieber kein Abkommen als dieses Abkommen.“

Zu viele Schlupflöcher

Auch die Deutsche Steuergewerkschaft begrüßt das Scheitern des Steuerabkommens. „Das Abkommen enthält zu viele Schlupflöcher, und es privilegiert Steuerhinterzieher und deren Helfer in Schweizer Banken durch eine Amnestie und durch Billigsteuersätze“, sagt der

Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Thomas Eigenthaler. Alles finde anonym statt, das Schweizer Bankgeheimnis bleibe bestehen und die Finanzämter könnten nicht erkennen, was in Hinterzimmern Schweizer Banken an Nachsteuern errechnet wird.

Für Joachim Poß ist die Linie der Sozialdemokraten in dieser Frage eindeutig: Das endgültige Scheitern des von Bundesfinanzminister Schäuble so schlecht verhandelten Abkommens mache den Weg frei für einen neuen Anlauf. „Das realistische Ziel dabei muss eine erweiterte EU-Zinsrichtlinie und der automatische Informationsaustausch sein.“ ■

Wettbewerb: Otto-Wels-Preis für Demokratie

Der 23. März 1933 war der „schwärzeste Tag in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus“ (Peter Struck): Mit dem „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ der Nationalsozialisten – dem so genannten Ermächtigungsgesetz – trat der Reichstag seine ureigenen Rechte als Gesetzgeber ab und übertrug sie dem NS-Regime. Allein die sozialdemokratische Fraktion widersetzte sich und stimmte gegen das Gesetz. 2013 jährt sich die Rede des SPD-Reichstagsabgeordneten Otto Wels gegen das nationalsozialistische Ermächtigungsgesetz zum 80. Mal. Aus diesem Anlass lobt die SPD-Bundestagsfraktion erstmals einen „Otto-Wels-Preis für Demokratie“ aus. Anliegen des Wettbewerbs ist es, Demokratie und Toleranz in der jungen Generation

zu fördern, indem Jugendliche und junge Erwachsene angeregt werden, sich mit der historischen Bedeutung der Rede von Otto Wels und ihrer bleibenden Aktualität für unsere Gesellschaft in Gegenwart und Zukunft auseinanderzusetzen.

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“, sagte der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Otto Wels in seiner Rede, in der er die Ablehnung der Sozialdemokraten begründete. Peter Struck bezeichnete die Rede von Otto Wels als „die mutigste, die je in einem deutschen Parlament gehalten worden ist.“ Wels wusste, dass seine Worte für ihn Lebensgefahr bedeuteten. Er rettete mit seiner Rede nicht nur die Ehre der Sozialdemokratie, wie der Historiker Heinrich August Winkler

feststellte, „sondern der deutschen Demokratie überhaupt.“ Diese Erinnerung wach zu halten und das Bewusstsein gerade auch der jungen Generation dafür zu schärfen, dass die Grundlagen unserer Demokratie immer wieder erneuert und gefestigt werden müssen, ist das Anliegen des „Otto-Wels-Preises für Demokratie“ der SPD-Bundestagsfraktion. Wie können wir unsere Demokratie stärken und gegen Rechtsextremismus schützen? Die SPD-Fraktion ruft junge Menschen auf, sich mit diesen Fragen im Rahmen eines Kreativwettbewerbs auseinanderzusetzen. Den Gewinnern winken Geldpreise und eine Einladung nach Berlin. ■

Alle Infos zur Teilnahme gibt es unter www.spdfraktion.de/ottowelspreis

Meldungen

Die Mutter aller Rüstungsexporte

Die Bundesregierung hat im November ihren Rüstungsexportbericht für 2011 vorgelegt. Demnach passierten Ausfuhrgenehmigungen im Wert von 5,4 Milliarden Euro den Sicherheitsrat. Das entspricht einem Anstieg von mehr als zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr und dem zweithöchsten Stand aller jemals genehmigten Rüstungsexporte. „Es vergeht kaum eine Woche, in der keine neuen deutschen Rüstungsexportgeschäfte bekannt werden“, sagt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Erler. Erst die Genehmigung von Leopard-2-Panzern nach Saudi-Arabien, dann ein mögliches Geschäft mit Indonesien und jetzt eine zwar vertagte, aber keinesfalls abgelehnte Anfrage nach dem Radpanzer „Boxer“ wiederum aus Saudi-Arabien. Die Merkel-Doktrin „Deutsche Waffen in alle Welt“ habe in der Vorweihnachtszeit Hochkonjunktur. Gleichzeitig entzieht sich die Bundeskanzlerin bisher jeder inhaltlichen Debatte über Rüstungsexporte. Das Thema aber sei zu brisant, um es weiter im Verborgenen zu belassen, sagt Erler. „Deutsche Panzer haben in autoritären Staaten nichts zu suchen, erst recht nicht, wenn sie in besonderer Weise geeignet sind, gegen potenzielle Demonstranten eingesetzt zu werden, wie es beim „Boxer“ der Fall wäre.“

Bereits Ende März hat die SPD-Fraktion einen Antrag in den Bundestag eingebracht, in dem sie mehr Transparenz und eine parlamentarische Beteiligung bei der Vergabe von Exportgenehmigungen fordert. Bisher beschließt der geheim tagende Bundessicherheitsrat besonders gewichtige Kriegswaffenexporte. Ihm gehören jedoch ausschließlich Vertreter der Regierung und der Ministerien an.

Monatelange Geheimhaltung und nur eine scheinbar teilweise Preisgabe von Informationen passten nicht mehr in unsere Zeit, sagt Gernot Erler. Für ihn ist klar: „Der Bundestag muss frühzeitig informiert und damit eingebunden werden. Frau Merkel muss sich endlich der Diskussion stellen.“ ■

Wie machen wir Arbeit wieder menschlicher?

Auf ihrer Betriebs- und Personalrätekonferenz diskutierte die SPD-Bundestagsfraktion über das Thema „Humane Arbeitswelt“.

Druck und Versagensangst haben in der Arbeitswelt zugenommen. Fälle von Burn-Out sind auch in der Öffentlichkeit allgegenwärtig. Zugleich aber gilt es auch aus Gründen des demografischen Wandels, die realen Chancen auf Beschäftigung und die Erwerbsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erhöhen. Wie diese Herausforderung gemeistert werden kann, darüber diskutierte die SPD-Bundestagsfraktion auf ihrer Konferenz „Humane Arbeitswelt“. Dazu kamen mehr als 300 Betriebs- und Personalräte aus ganz Deutschland ins Reichtagsgebäude nach Berlin.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sprach sich in seiner Begrüßung unter anderem für die Wahrung der Tarifeinheit und eine neue Regelung zur geförderten Kurzarbeit aus. Man dürfe das Thema Tarifeinheit – also das Prinzip „Ein Betrieb, ein Tarif“ – nicht einfach den Gerichten überlassen und ansonsten die Hände in den Schoß legen, kritisierte Steinmeier die schwarzgelbe Bundesregierung. Der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzels, erklärte aus Sicht der Gewerkschaft, wie Arbeitnehmer trotz Leistungsdruck und Arbeitsverdichtung länger fit bleiben können. „Es gibt zu wenig Arbeitsplätze, auf denen man gesund alt werden kann“, sagte Wetzels.



Stress und Versagensangst nehmen bei Arbeitnehmern ebenso zu wie die Zahl der Fehltag wegen psychischer Erkrankungen.

Deutschland brauche endlich eine Anti-Stress-Verordnung. Bei der anschließenden Diskussion wurde deutlich, wie sehr sich in den letzten Jahren die Arbeitswirklichkeit in den Betrieben verändert hat. Viele Betriebsräte wussten aus eigenen Erfahrungen zu berichten, dass Arbeitsabläufe immer stärker verdichtet werden und Stress und Versagensangst zunehmen. Was das nach sich zieht, illustrierte der Geschäftsführer der BKK, Heinz Kaltenbach: Die Krankheitsbilder haben sich in den letzten Jahren verschoben. Fehltag wegen psychi-

scher Erkrankungen nehmen ständig zu. Im Jahr 2011 lagen psychische Erkrankungen erstmals an dritter Stelle hinter Rückenleiden und Atemwegserkrankungen. Allein auf die Diagnose „Burnout“ gingen 2,7 Millionen Fehltag zurück.

Für die SPD-Fraktion steht außer Frage: Die Arbeitswelt muss wieder menschlicher werden. Arbeitskraft ist nicht nur ein Produktionsfaktor. Es geht um Menschen mit ihren jeweiligen Bedürfnissen. Die Sozialdemokraten kämpfen dafür, dass diese wieder stärker Berücksichtigung finden. ■

nachgefragt



Wie schaffen wir eine humane Arbeitswelt? Nachgefragt bei Detlef Wetzels, 2. Vorsitzender der IG Metall.

Die Qualität der Arbeit wurde in den letzten Jahren fahrlässig oder gar bewusst vernachlässigt. Viele Unternehmen versagen bei der Frage nach alters- bzw. altersgerechter Arbeit und der notwendigen Humanisierung der Arbeit. Die Arbeitswelt wird

immer stärker zu einer physischen und psychischen Gefahrenzone für die Beschäftigten. Vom gesunden Erreichen der Regelaltersgrenze können die meisten Beschäftigten nur träumen. Diese Entwicklung wurde durch die Ausweitung des Niedriglohnbereichs und der prekären Beschäftigung beschleunigt. Das hat Arbeit massiv entwertet und zu enormen Belastungen für die betroffenen Menschen geführt. Die Qualität und der Wert der Arbeit gehören darum ganz oben auf die Tagesordnung unternehmerischer und politischer Entscheidungen.

Es gilt der Arbeit wieder ein gesundes Maß zu geben. Unverzichtbar ist zum Beispiel eine verbindliche Regelung, die psychische Belastungen mit anderen Gefährdungen in der Arbeitswelt gleichstellt. Das könnte eine Anti-Stress-Verordnung leisten.

Und vor allem brauchen wir eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt! So wichtig Einzelmaßnahmen sind, für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt braucht es ein Zusammenwirken vieler Maßnahmen. Dazu gehören Mindestlöhne ebenso wie die Regulierung der Leiharbeit. Der Missbrauch von Werkverträgen muss gestoppt werden. Angesichts des anstehenden Fachkräftemangels sind ein neues Leitbild von guter Arbeit und eine Qualifizierungsoffensive notwendig. Zudem muss das Tarifsystem durch Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen stabilisiert sowie das Tariftruggesetz gestärkt werden. Und schließlich brauchen wir ein Verbandsklagerecht bei Gesetz- und Tarifverstößen und die Stärkung individueller Beschwerderechte der Beschäftigten. ■

Vorgestellt



Susanne Kastner

„Ich wollte nicht nur meckern, sondern auch handeln“, sagt Susanne Kastner über ihren Einstieg in die Politik. Und sie „handelt“ seit mittlerweile 40 Jahren. 1972 trat sie in die SPD ein und engagierte sich zunächst auf kommunaler Ebene. 1989 zog sie als Nachrückerin in den Bundestag ein und vertritt dort seitdem ihren Wahlkreis Bad Kissingen. Sie war für die SPD-Fraktion schon als Tourismuspolitische Sprecherin und Parlamentarische Geschäftsführerin tätig. Von 2002 bis 2009 war die Religionslehrerin zudem Vizepräsidentin des Bundestages. In der laufenden Legislaturperiode ist Susanne Kastner Vorsitzende des Verteidigungsausschusses. ■



Christian Lange

Seit fünf Jahren ist Christian Lange einer von vier Parlamentarischen Geschäftsführern der SPD-Bundestagsfraktion. In den Bundestag ist er zum ersten Mal 1998 gewählt worden – als SPD-Kandidat im Wahlkreis Backnang – Schwäbisch Gmünd. Als Abgeordneter setzt er sich für mehr Transparenz im politischen Geschehen ein. „Die interessierte Öffentlichkeit muss stets nachvollziehen können, wie politische Entscheidungen zustande kommen und welchen Einflüssen Abgeordnete und andere politische Entscheidungsträger unterliegen.“ Lange ist seit 2002 Sprecher der Landesgruppe Baden-Württemberg in der SPD-Bundestagsfraktion. Zudem ist der Jurist Mitglied im Ältestenrat des Bundestages. ■

Ein Blick über die Grenze hilft gegen Jugendarbeitslosigkeit

Das Baltic Sea Labour Forum stärkt die Zusammenarbeit im Ostseeraum.

// Beim 2. Runden Tisch des Baltic Sea Labour Forums ging es vor allem um die hohe Jugendarbeitslosigkeit in der Ostseeregion. //

Das Baltic Sea Labour Forum (BSLF) ist eine einzigartige Einrichtung in Europa. Als ein gemeinsames Netzwerk von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Politik dient es als grenzüberschreitende Plattform für den Austausch zwischen den Sozialpartnern und der Politik im Ostseeraum. Zudem soll es konkrete Handlungsempfehlungen zu Themen wie Arbeitsmobilität, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Bildung und Ausbildung, guter Arbeit und Erwerbslosigkeit im Ostseeraum entwickeln. Als „Unikat“ bezeichnet der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär und SPD-MdB Franz Thönnies das BSLF. „Gerade in finanziell instabilen Zeiten ist dieses Instrument des kontinuierlichen sozialen Dialogs wichtig und kann zu Beschäftigungssicherung in der Region beitragen“, sagt Thönnies. Damit setzt das BSLF die erfolgreiche Arbeit des „Baltic Sea Labour Network“ fort, in dem sich 2008 auf Initiative des DGB Nord und des Arbeitgeberverbandes NORDMETALL 22 Organisationen aus dem Ostseeraum inklusive Vertreter Russlands zusammengeschlossen hatten. „Angesichts der verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Herausforderungen sich entwickelnder grenzüberschreitender Arbeitsmärkte erhielt der Gedanke eines permanenten Gremiums immer mehr Unterstützung“, beschreibt Thönnies den Gründungsgedanken des BSLF.

Problem Jugendarbeitslosigkeit

Am 15. November 2012 hatte das BSLF zum 2. Runden Tisch geladen. Rund 50 Vertreter von 30 verschiedenen Arbeitgeber- und Gewerkschaftsverbänden aus dem gesamten Ostseeraum kamen dafür nach Hamburg. Thema der Konferenz war vor allem die hohe Jugendarbeitslosigkeit im Ostseeraum und ihre Vermeidung durch grenzüberschreitende Arbeitsmärkte.

Denn trotz eines relativen Wohlstandes bestehen in der Ostseeregion auf diesem Feld große Herausforderungen. So liegen die Raten der Jugendarbeits-



Franz Thönnies spricht beim Übergang vom BSLN zum Baltic Sea Labour Forum.

losigkeit in den Ländern des Ostseeraumes zwischen sieben und dreißig Prozent. In einigen ist gar jeder dritte Jugendliche ohne Ausbildung und Arbeit. Gleichzeitig entwickeln sich im Ostseeraum zunehmend grenzüberschreitende Arbeitsmärkte. Arbeitsmobilität kann zur Wachstums- und Wohlstandssteigerung führen sowie die Erwerbslosigkeit reduzieren. Grenzpendler und auch kleine und mittelständische Unternehmen müssen bei Tätigkeiten in einem anderen Land jedoch Sicherheit in sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Fragen haben. Ihre Vorschläge und Anliegen formulierten die Teilnehmer in einer abschließenden Resolution. Darin fordern sie die Politik auf, mit konkreten Maßnahmen die Zahl der Schulabbrecher zu reduzieren und wirkungsvolle Strategien zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit zu entwickeln. Das Ziel solle sein, jedem Jugendlichen nach spätestens vier Monaten Arbeitslosigkeit eine Anstellung, eine Ausbildung, zusätzliche Weiterbildung oder eine Kombination von Beschäftigung und Fortbildung zu garantieren.

Zudem müsse die Mobilität in der Ostseeregion weiter erleichtert und die schrittweise Abschaffung des Visaregimes zwischen der EU und Russland weiter verfolgt werden. Grundlage für alle Bemühungen müssten vergleichbare Bedingungen, Regeln und Arbeitsbeziehungen in allen Ländern für aus- und inländische Arbeitnehmer und Arbeitgeber sein. ■

Termine

18.12. „Rechtsextremismus in Deutschland: Angriff auf die Demokratie“, Barsinghausen

18.12. „Welthunger nach Gerechtigkeit“, Ulm

18.12. „Quo vadis, Airbus?“, Hamburg

19.12. „Gute Ganztagschule“, Rotenburg (Wümme)

Weitere Termine:
www.spdfraktion.de
www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 12. Dezember 2012

Herstellung: NetworkMedia GmbH

Redaktion: Ralf Bergmann, Stefan Hintermeier, Dr. Alexander Linden, Anja Linnekugel, Gero Fischer

Texte und Layout: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– **per Post:** SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– **per Mail:** oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– **per Fax:** 030/22756800